

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 14. Dezember.

1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten: Frhr. von Marschall, Dr. von Bötticher u. A. Eingegangen: Besetzung des Besetzungsausschusses. Zur dritten Besetzung des Besetzungsausschusses betr. die Gewährung von Unterstützungen an Süddeutsche aus den Kriegsj. von 1870 und an deren Hinterbliebenen beantragt Abg. von Schöning dem Gesetze als § 8a folgende Bestimmung hinzuzufügen:

Den in einem Bezuge verwundeten Offizieren, Militärärzten und Mannschaften des Reichsheeres und der Marine, welche durch ihre Verwundungen behindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzugs Theil zu nehmen, sind die höchste Zahl der anrechnungsfähigen Kriegsjahre einer militärischen Unternehmung zuzugestehen, wenn dieselben innerhalb dieser Zeit sich der Pflege ihrer Verwundungen und deren Heilung haben unterwerfen müssen; dieser Bestimmung ist rückwirkende Kraft bis zum 2. August 1870 beizulegen.

Abg. v. von Schöning (konst.) zieht für heute den Antrag zurück und behält sich vor, ihn beim Etat wieder einzubringen.

Abg. Beckh (Fr. P.) bemängelt, daß in dem Gesetz von 1886 die Militärämtern übertragen sind, und fragt die Regierung, ob sie genehmigt ist, diese Mängel auszufüllen. Generalleutnant von Spitz erwidert, um diesen Zweck zu erreichen, muß eine Änderung des Reichsbeamten-Gesetzes beantragt werden, was darauf ankommen; ebenso der Rest des Gesetzes, sowie das Gesetz im Ganzen.

Es folgt die zweite Beratung des Handelsvertrags mit Spanien. Die Debatte über die Art. 1 und 8 wird verhandelt.

Referent Abg. Dr. Paasche betont, die Mehrheit der Kommission habe den Vertrag angenommen, er empfehle den Vertrag auch im Plenum anzunehmen.

Abg. Dr. Bötticher (nl.): Man hat von Regierungssicht her, daß der italienische Handelsvertrag in Bezug auf unseren Wein sehr reichlich gewährt habe, und diese Behauptung steht auch im vorliegenden Bericht wieder. Meine Erfahrungen sind damit nicht in Einklang zu bringen. Wir befürchteten damals, daß in Folge der Herabsetzung des Zolles auf reife Weintrauben unsere Weinbauern zurückgehen würden. Diese Befürchtung ist bereits in Erfüllung gegangen und es ist ein erheblicher Preisrückgang eingetreten. Die Folgen sind nicht abzusehen. Der Portugieser Weinbau ist zurückgegangen und man steht zu geringen Sorten zurück. Nun sagt man mit Recht, daß man die Verträge nicht nur für die Nothwehr mache, sondern auch für den Weinstein. Und bezüglich dieses Bittes ich aber, sich für den Weinstein hinzugehen, zudem das Jahr 1892, auf das man sich beruft, ereignisse Bestätigung ist. Die Erfahrungen, die man mit dem Beschnitt der Weinweine mit dem italienischen Wein gemacht hat, bieten nicht die Gewähr, daß die Freisetzung der Verluste erfolgen wird. Die beiden Weine passen nicht recht zu einander. Indessen möchte ich mich dem an, was der Bericht sagt, daß die Zeit noch zu kurz sei, um ein abschließendes Urtheil zu ermöglichen. Mit dem größten Eifer aber hat sich die Kunstweinindustrie der Chance des Verschönerens bemüht und hat in Folge dessen einen ungeheuren Aufschwung genommen. Es ist klar, daß die inländische Kreuzung diesem Wettbewerb nicht gewachsen ist. Wenn ich trotzdem dem Vertrage zustimme, so habe ich dafür den durchschlagenden Grund, daß der spanische Weinbau viel besser ist, als der italienische. Man braucht daher von jenem weniger und kann mehr deutschen Wein zusehen. Das ist ein erheblicher Vortheil für die deutsche Produktion. Aber es muß der Kunstwein für die deutsche Produktion mit dem ausländischen Wein aus dem Verkehr werden. Sonst erreichen wir das Gegenteil von dem, was wir beabsichtigen: die Verwendung größerer Mengen deutschen Weines. Ich bitte daher die verbindlichen Regierungen, die Kontrollbestimmungen im Wegefall in dieser Beziehung zu ergreifen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Ich freue mich über die Stellungnahme des Redneren zu dem vorliegenden Vertrage. Was aber die Wirkung des italienischen Vertrags betrifft, so bestreite ich, daß der Redner nicht ein ausgiebiges Material vorgebracht hat zum Beweise seiner Behauptung, daß der Vertrag ungünstig auf den deutschen Weinbau gewirkt habe. Die Einzelregierungen der Weinbau treibenden Kreise haben objektive Gutachten eingegeben, und der erstattete Bericht konstatirt ganz besonders günstige Ergebnisse. Das gebe ich zu, daß ein Jahr und besonders 1892 kein entscheidendes Urtheil für alle Zukunft ermöglicht. Zur Zeit haben wir aber keinen Anlaß, die Herabsetzung der Zölle zu bedauern. Spanien ist dasjenige Land, welches wie Italien und ich bin überzeugt, daß der Verschleiß mit spanischen Weinen unseren kleinen, sauren Weinen einen besseren Absatz ermöglichen wird. Die Regierungen behalten diese Frage selbstverständlich im Auge. Was das gewünschte Verbot des Verschleißes von Kunstwein betrifft, so sind schon jetzt die Zollbehörden nicht im Zweifel darüber, das ausländische Verschleißweine zum Verschleiß mit Kunstwein nicht zuzulassen werden dürfen. Sollten schärfere Maßregeln erforderlich werden, so sind die Regierungen bereit, sie zu erlassen.

Abgeordneter Freiherr v. Mantuffel (konst.): Ich würde heute das Wort nicht ergreifen haben, wenn nicht Herr v. Bötticher und der Reichstanzler als das Haupt der Majorität bezüchtelt hätten. Ich muß mich also bemühen, diesen Akt zu rechtfertigen (Beifall rechts). Ich kann nur sagen, daß ich dringend ein ungesundes Verhältnis zwischen den Dreißigtausend wünsche. Aber daß das Verhältnis ein schlechteres geworden wäre, wenn wir vor 2 Jahren die Handelsverträge nicht abgeschlossen hätten, das nachzuweisen sollte doch schwer sein. Unser Zweifel stellt, daß Deutschland auch in Folge seiner Lage die Hauptlast trägt und in Deutschland wieder die Landwirtschaft (Beifall). Wenn ich damals für die Handelsverträge gestimmt habe, so geschah das, weil damals für die Landwirtschaft ganz andere Verhältnisse herrschten und maßgebend waren, als jetzt, und weil wir auf das Versprechen des Reichstanzlers uns verlassen, daß die Zölle unter den in den Handelsverträgen vorgesehene Satz nicht heranzugewachsen würden. Diese unsere damaligen Gesichtspunkte sind aber heute, wo Roggen und Weizen 100 Mark im Preise niedriger stehen, nicht mehr maßgebend. Ich habe nun aber auch, nachdem die Zollverträge ab-

geschlossen waren, eingesehen, daß der Abschluß derselben ein politischer Fehler war und daß es für meine politischen Freunde ein politischer Fehler war, für diese Verträge zu stimmen. Ich muß das für mich in Anspruch nehmen, daß ich einseitig vorgehen bin, als die Regierung, indem ich meinen Fehler eingesehen habe, während die Regierung in Konsequenz des ersten Fehlers weitere Fehler machte (Der Reichstanzler betritt den Saal). Der Reichstanzler betritt sich auf Art. 4 der Verfassung, die die Landwirtschaft nicht umschreibt. Aber das wird doch Niemand bestreiten, daß das einzige Äquivalent bei Abschluß der Verträge die landwirtschaftlichen Zölle waren und daß wird dem Reichstanzler nicht viel neue Freunde erwerben. Durch die getriggerte Debatte wird die Agrarangelegenheit nicht nur nicht vermindert worden sein, im Gegenteil, sie wird nur neue Nahrung bekommen haben. In der Währungsfrage, die doch sicher zur Kompetenz des Reiches gehört, hätte der Reichstanzler ohne Zweifel der Landwirtschaft entgegenkommen können. Der Staatssekretär von Marschall sagte, wir hätten unsere Behauptungen nicht bewiesen. Aber keine Bemerkungen waren auch für uns nicht beweisend. Zweierlei steht fest, einmal die Schwächung der Reichsfinanzen in Folge der Verträge und die Schwächung der deutschen Landwirtschaft durch Herabsetzung der Zölle. Herr von Marschall hat uns Behauptungen unterworfen, die wir entweder garnicht oder nicht in der behaupteten Form gemacht haben. Wir haben z. B. nicht gesagt, Herr v. Marschall mache schlechte Handelspolitik, um den Beifall der Finanzen zu erlangen, sondern: Seine Handelspolitik findet den Beifall der Finanzen und das ist uns ein Beweis, daß sie schlecht ist. Was nun die getriggerte Rede des Abgeordneten von Bötticher anlangt, so meine ich, daß Abgeordneter von Bötticher am wenigsten berufen ist, uns wegen unserer Agitation Vorwürfe zu machen. Was es doch Abg. v. Bötticher, der den Mittelbund gründen wollte, als der Schuldgeheimniss eingetracht war. Das war doch eine viel schmerzlichere Agitation, denn derselbe war ohne Grund, während unsere Agitation aus dem Wohlstand selbst hervorgegangen ist, wir sind dazu gedrängt worden und die getriggerte Agitation wird dieselbe nur noch verstärken, da dadurch die Unzufriedenheit erhöht wird.

Reichstanzler Graf Caprivi: Ich kann nicht aus dem Munde des Redneren lesen und habe auch nicht die Gelegenheit, Privatgespräche der Öffentlichkeit zu übergeben (Sehr gut! links) aber das kann ich sagen, daß ich damals mit einer Anzahl von Landwirthen verkehrt habe, und daß ich die Überzeugung gewonnen habe, wir könnten ohne Schaden auf 350 Mark heruntergehen, diese Überzeugung habe ich aus den Unterhaltungen mit diesen Herren damals gewonnen. Ich hätte damals ursprünglich die Ansicht, auf 3 Mark herunter zu gehen, habe aber gesehen, daß das nicht die Zustimmung der größeren Zahl der Herren findet. Natürlich waren sie alle der Ansicht, daß eine Beibehaltung von 5 Mark Zoll besser sei, und auch ich würde für eine solche Beibehaltung gewesen sein, wenn es möglich gewesen wäre, dann noch einen Handelsvertrag zu schließen. Wenn Abgeordneter v. Mantuffel meint, daß die Landwirtschaft die Kosten des russischen Handelsvertrages tragen würde, so gebe ich das bis zu einem gewissen Grade zu, ein Handelsvertrag mit einem Staate, dessen Hauptproduktion und Exportartikel das Getreide ist, muß naturgemäß bei einem Handelsvertrage auf diesem Gebiet KonzeSSIONen erhalten. Ich glaube aber der Landwirtschaft einen großen Dienst geleistet zu haben damit, daß ich es verhindert habe, daß seiner Zeit die Zölle zeitweise aufgehoben würden. Denn wenn ein Zoll einmal aufgehoben ist, dann ist es fraglich, ob er wieder kommt. Ich glaube, daß damals bei der Zustimmung zu den Verträgen die politischen Motive, wenn auch nicht die allein maßgebend, so doch die überwiegenden waren.

Ich habe schon einmal gesagt, daß an sich gegen den Bund der Landwirthe nichts einzuwenden ist; aber die Wahrnehmung der Interessen darf nicht über den Rahmen hinausgehen, den das Staatswohl nicht. Warum scheitert mit der Bund der Landwirthe beabsichtigt, seiner Gewalten und Ideen wegen. Ich werde mich lediglich gegen die autoritative Methode des Bundes und sage noch einmal, es ist nicht konstitutiv, Majoritäten gegen Autoritäten in's Feld zu führen und die Massen gegen die Autorität der Regierung zu führen. Die Regierung muß da sich auf große Theile des Volkes stützen; es ist aus geschlossen, daß sie sich auf eine Partei stützt. Oder sind Sie im Stande, der Regierung eine Majorität zu bieten? (Bewegung.) Wir müssen das, was wir erreichen wollen, mit der Unterstützung erreichen, die in jedem Falle zu haben war. Ich habe das schon mit dem Worte ausgedrückt: Ich werde das Gute nehmen, wo ich es finde. Daß ich persönlich Ihre (rechts) Unterstützung am liebsten gehabt hätte, brauche ich nicht erst zu sagen. Aber wenn ich sie von Ihnen nicht bekomme, so nehme ich sie wo anders her. (Seitens.) Also dieses sich Stützen auf die Massen ist nicht konstitutiv und es muß auch das Parlament schädigen, denn es führt zum imperativen Mandat. Art. 29 der Verfassung unterlag jedes imperativen Mandat ganz bestimmt. Das war sehr weise, das das allgemeine Wahlrecht mit imperativem Mandat auf die schärfste Ebene führen muß, von der wir in der „Kreuz-Zeitung“ Jahre lang haben warnen hören. Ich habe stets geglaubt, daß im Parlament stets die Besten und Weisesten sitzen. Die Besten bestimmt, ob aber auch die Weisesten? (Seitens.) Das wird zweifelhaft, wenn das imperativen Mandat eingeführt wird. Sie schädigen damit das Parlament. Das Mangel des Reichstags muß finden, wenn seine Tätigkeit von den Herren Massen beinträchtigt wird. Dann wird der Reichstag abhängig von Volk. Weislich soll man auf dessen Stimmungen hören; aber der Abgeordnete muß seine eigene bessere Meinung beim Volk geltend machen. Wenn es richtig ist, daß die getriggerte Debatte die agrarische Bewegung im Volke stärken wird, dann ist es eben Ihre Pflicht, sie einzuschranken (Sachen rechts) und die nicht auf belehrten Wähler aufzuklären. Ihre Reden zeigen mir, daß Sie es nicht zu thun bereit seien. Darum lege ich: Was Sie treiben, ist bedenklich, denn Sie wollen von den Massen geteilet sein. Sie sehen in den Massen die Kraft, die Sie vorwärts treibt. (Bewegung.)

Wenn die Währungsfrage die letzte Patrone ist, die Sie gegen mich verschießen haben, dann kann ich es ruhig mit ansehen (Seitens und Beifall links). Was habe ich denn anders vorhaben? Wir konnten auf der Brüsseler Konferenz nicht anders werden und daß wir uns an dem Fiasco abschütteln hätten befehlen sollen, kann ich noch heute nicht einsehen (Zustimmung). Ich habe mir erlaubt zu sagen, daß den Bimetallismus agitatorisch zu betreiben, bedenklich ist. Noch heute halte ich die Währungsfrage nicht für geeignet, vor den

Massen vorgetragen zu werden. Sie bringen da eine Frage in die Bevölkerung, die unvorhersehbar viel schwerer wirkt, als wenn sie verstanden würde. Um Vergebung thun Sie doch die nötigen Schritte. Sie haben einen begünstigen Antrag eingebracht und wir werden uns dabei hierüber unterhalten. Ich bin ja auch nicht hier in dieser Frage. Ich bin überzeugt, daß wir die beste Währung haben. Aber wenn mich Jemand vom Gegenteil überzeugt, werde ich mich belehren lassen. Bis jetzt habe ich die Überzeugung nicht; bis jetzt kann ich nicht absehen, daß in der Goldwährung eine Schwächung der Landwirtschaft liegt. Die Frage der Währung wird von den verbündeten Regierungen mit großer Aufmerksamkeit im Auge behalten und der preussische Handelsminister hat denn auch Nachfragen angeordnet, wie es mit der Goldproduktion steht. Warten wir doch das Resultat ab. Wir könnten ja auch gar nichts anderes thun. Aber will denn die englische Regierung veranlassen, unter ihrem jetzigen Premierminister auf eine Aenderung der Währung einzugehen? Bis jetzt ist aber jeder überzeugt, daß ohne England der Wechselkurs ganz unmetallisch und unerschütterlich ist. Ich kann also nicht einsehen, wie man aus meiner Haltung in der Währungsfrage eine Abgeneigtheit gegen die Landwirtschaft herleiten will. Selbst wenn ich der eingestrichelte Bimetallist wäre, wäre ich doch ganz außer Stande, gegenwärtig, ohne England einen Schritt auf diesem Wege zu thun. Ich bitte also auch in dieser Frage in Bezug auf meine Person vorstichtig zu sein (Beifall).

(Nach dieser Rede verläßt der Reichstanzler den Saal.) Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt, er sei stets ein konservativer Mann gewesen und er sei von dieser Meinung nicht abgewichen, als er für diese Handelsverträge eintrat und gegen die Politik des Herrn v. Mantuffel auftrat. Er sei auch kein Freihändler, sondern ein Anhänger eines gemäßigten Schutzzolls.

Abg. Schulz-Duploh (Konst.): Man hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich den Doktor-Titel erhalten habe, aber diese Verleihung ist mir selbst überlassen gekommen und ich weiß also nicht, wie man mir einen Vorwurf daraus machen kann. Die Agitation des Bundes der Landwirthe kann nimmermehr zum Wohle Deutschlands und der deutschen Landwirtschaft führen. Ich habe eine Zuschrift von einem Landwirthe erhalten, die dasselbe anspricht und von Leuten spricht, die den Mund voll nehmen und unklare Reden vertreten, deren Erfüllung das ganze politische und soziale Leben verwirren würde. Es ist eine unbedeutende Forderung, die Zölle noch zu erhöhen. Das ist gegen den gegen jetzigen Bewegung unmöglich. Allerdings bin auch ich der Ansicht, daß der 350 Mark-Zoll aufrecht erhalten werden muß und daß er nicht heranzugelassen wird, dafür bringe mir das Verhalten der Regierung. Es gibt noch eine Menge anderer Mittel, um der Landwirtschaft zu helfen, und auch die Reichsversammlung bietet dort Artikel 4 noch mangelhafte Handhaben, um die Landwirtschaft zu unterstützen, z. B. auf dem Wege der Tarifermäßigung. Wenn dafür gefordert würde, daß die Dingenmittel in allen Staaten Deutschlands zu einem billigen einheitlichen Tarife verhandelt werden, dann würde das schon der Landwirtschaft bedeutend nützen. Die Handelsverträge sind ein vorzügliches Mittel, um dem Volke neue Nahrungsquellen zu verschaffen, aber man soll daneben danach trachten, die Produktivität des Landes, die noch lange nicht erschöpft ist, mit allen Mitteln zu heben. Was nun den spanischen Handelsvertrag angeht, so enthält derselbe auch für die Landwirtschaft ganz erhebliche Vortheile, da in demselben manche ermäßigten Tarifpositionen enthalten sind für Produkte, die die Landwirtschaft gebraucht.

Abg. Frhr. Hehl v. Harnheim (nat.-lib.): Die Abstimmung auf dieser Seite des Hauses hat gezeigt, daß auch hier das Interesse für die Landwirtschaft vorhanden ist und ich erkläre namens der Majorität meiner Freunde, daß wir für diesen spanischen Vertrag stimmen werden, da wir es als einen großen Vortheil ansehen, daß jetzt endlich bezüglich Spaniens stabile Verhältnisse eingetreten sind. Bisher waren dieselben so schwankend, daß die Industrie keine Dispositionen auf längere Zeit treffen konnte. Doch muß ich bemerken, daß manche Industrien mit den Sägen des spanischen Tarifs durchaus nicht zufrieden sind, und daß sogar einige Zuckerrüben, z. B. die Guttapercha-Industrie, durch den Vertrag nicht mehr exportieren können. Darobem stimmt die Industrie dem Vertrage zu, weil sie Werth darauf legt, Spanien uns als Grenzland nachlässig zu beschreiben (Beifall rechts). Die Einwände des Abg. Frhr. v. Mantuffel gegen den Vertrag sind nicht stichhaltig, auch die Behauptungen, die man von demselben für den deutschen Weinbau sagt, sind meiner Ansicht nach unbegründet. Der Beweis, daß der Vertrag die deutsche Landwirtschaft schädigt, ist nicht einmal versucht worden. Alle Petitionen aus den weinbau treibenden Gegenden beziehen sich ausschließlich auf die Weinsteuern, wenn der spanische Handelsvertrag für unsere Weinbau schädlich wirken, so würde sicher doch in einer Petition davon die Rede gewesen sein. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, von Spanien KonzeSSIONen zu erlangen, und man kann das, was unsere Unterhändler in dieser Vorlage erreicht haben, nur anerkennendwerth finden. Es ist gelagert worden, unsere Arbeiter hätten gar kein Interesse an solchen Verträgen, da nur 4 Pro. Arbeitslohn in den exportierten Produkten stehe. Wenn dem so wäre, so würde ich sofort Sozialdemokrat werden. Aber in Wahrheit stehen in den Exportprodukten 60-80 Pro. Arbeitslohn. Ich bin der Hoffnung, daß die Annahme dieses Vertrags für unseren Export in Zukunft einen großen Nutzen haben wird.

Abg. Kiderer (Fr. P.): Ich halte den spanischen Handelsvertrag für kein großes Werk und glaube, daß der rumänische Handelsvertrag eine viel größere Bedeutung hat. Trotzdem glauben viele Spanier, daß der Vertrag nur eine Lücke von Zuglandnissen Spaniens an Deutschland sei. So drückte sich dem Herrn v. Hoyer für seine Nation. Auch für den Handelsvertrag mit Spanien vielen politischen Gründe mit, denn wir haben ein Interesse daran, mit Spanien auf gutem Fuße zu stehen und das wirtschaftliche Beziehungen mit den politischen eng zusammenhängen, ist meiner Überzeugung nach klar. Dem Reichstanzler möchte ich ratheben, gegen die Herren rechts nicht so laut vorzugehen, mit dieser Politik erreicht er nichts. Nicht wahr, Herr Graf Mirbach. Sie lassen so verständnislos. (Präsident v. Kuehne: Ich bitte eine Zwischepause zu halten.) Sie (rechts) muthen nun der Regierung an, Ihre Gründe, die doch nur halboffene Behauptungen waren, anzuerkennen und in der Handelsvertragspolitik einen Rückschritt zu machen. Das ist doch eine große Kühnheit. Interessant wäre es mir auch, zu

